

Beschlussvorlage	Vorlagen-Nr.: VO/7661/2020
	Status: öffentlich
	Datum: 27.10.2020

Dezernat:	III
Fachdienst:	FB 5 Kinder, Jugend, Familie
Sachbearbeiter/in:	Meyer, Werner

Beratungsfolge:		
Gremium Magistrat Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung	Zuständigkeit Entscheidung Vorberatung	Sitzung ist Nichtöffentlich Öffentlich

Sozialpolitisches Leitbild der Universitätsstadt Marburg: Für eine soziale, gerechte und lebenswerte "Stadt für Alle"

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat stimmt dem vorgelegten „Sozialpolitischen Leitbild der Universitätsstadt Marburg“ zu und leitet dies zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung weiter.

Sachverhalt:

Im Rahmen der Kooperativen Sozialplanung sollte unter Beteiligung von Bürger*innen, Kommunalpolitiker*innen, Sozialverwaltung und Vertreter*innen freier Träger aus dem Sozial- und Jugendhilfebereich ein „Sozialpolitisches Leitbild der Universitätsstadt Marburg“ entwickelt werden, dessen Endfassung von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden sollte und das dann den Rahmen für die Sozialpolitik der Stadt bildet. Ziele und Maßnahmen der zukünftigen kommunalen Sozialpolitik sollen aus diesem Leitbild abgeleitet werden. Dieses Leitbild soll die zentrale Leitplanke für die Orientierung der Marburger Sozialpolitik der nächsten Jahre darstellen.

Im September 2019 fand ein Workshop zur Formulierung einzelner Leitbilder für verschiedene sozialpolitische Themenfelder statt. An diesem Workshop haben ungefähr 80 Personen teilgenommen und an neun moderierten Tischgruppen zu u.a. den Themen Familie, Kinder und Jugend, Migration, Armut, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit, Wohnen und Wohnungslosigkeit, Inklusion und Menschen mit Behinderungen, „gut Älterwerden“, Ehrenamt und freiwilliges Engagement Leitsätze formuliert.

Diese Ergebnisse wurden von einer Arbeitsgruppe innerhalb der Kooperativen Sozialplanung systematisch zusammengestellt und ausgewertet. Dabei zeigten sich vor allem zwei Punkte: zum einen waren die von den Workshop-Teilnehmer*innen formulierten Sätze nur teilweise als Leitsätze, die Grundlage für das sozialpolitische Leitbild sein könnten, zu verstehen – in vielen Fällen waren es auch Vorschläge und Anregungen, die zwar wichtig als Ergebnis dieses Beteiligungsverfahrens für die Weiterentwicklung der Sozialpolitik in Marburg sind, die aber

hinsichtlich eines dahinter stehenden Leitbildes erst einmal interpretiert werden mussten. Der zweite und ganz zentrale Punkt war, dass bestimmte Themen wie z.B. Teilhabe, Selbstbestimmung und Partizipation übergreifend genannt wurden. Es zeigte sich, dass die Leitbilder sich selten konkret auf die neun vorgegebenen Arbeitsfelder der Tischgruppen beziehen lassen; vielmehr mussten übergreifende Leitsätze aus den Ergebnissen der neun Tischgruppen destilliert werden.

Es gibt deshalb zwei Anlagen:

Anlage 1: Dies ist das Leitbild, wie es – nach Abschluss des unten dargestellten Verfahrens ggf. mit Änderungen - von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden soll.

Anlage 2: Diese enthält das Leitbild sowie als Erläuterung dessen, was z.B. unter den verschiedenen Leitsätzen verstanden werden kann, Beispiele aus den Tischgruppen des Workshops vom September 2019. Damit werden dann auch die konkreten Formulierungen und Anregungen der Teilnehmer*innen festgehalten. Diese Beispiele sind nicht abschließend, sie können jederzeit erweitert werden und sind nicht Bestandteil eines Beschlusses.

Zum weiteren Verfahren: Der Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung soll sich am 11. November 2020 mit dem Leitbild befassen und ggf. noch Änderungen vorschlagen. Danach wird die dann ggf. überarbeitete Fassung an alle Teilnehmer*innen des Workshops zurückgegeben; diese können dann nochmals Änderungswünsche und Ergänzungen machen. Ferner wird dieser Entwurf auf die Homepage der Universitätsstadt Marburg gestellt, damit auch weitere Interessierte, die bisher noch nicht in den Prozess einbezogen waren, Vorschläge einbringen können. Anfang 2021 soll dann eine endgültige Fassung über den Ausschuss für Soziales, Jugend und Gleichstellung zur Beschlussfassung in die StVV eingebracht werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine

Wir bitten, der Vorlage zuzustimmen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Anlagen:

- Anlage 1 Entwurf Leitbild (Stand Oktober 2020)
- Anlage 2 Entwurf Leitbild mit Beispielen (Stand Oktober 2020)

Ausgehend von einem Workshop zu den „Leitlinien kommunaler Sozialpolitik“ in Marburg am 12. September 2019, an dem Bürger*innen, Vertreter*innen freier Träger, Initiativen sowie Ehrenamts- und Selbsthilfeorganisationen, der Stadtverwaltung und der Kommunalpolitik teilnahmen sowie Überlegungen der Steuerungsgruppe Kooperative Sozialplanung wurde folgendes „Leitbild kommunaler Sozialpolitik“ für die Universitätsstadt Marburg erarbeitet.

Für eine soziale, gerechte und lebenswerte „Stadt für Alle“ Sozialpolitisches Leitbild der Universitätsstadt Marburg

Entwurf: 26. Oktober 2020

Die Universitätsstadt Marburg zeichnet sich durch eine differenzierte, über viele Jahre gewachsene soziale Infrastruktur von hoher Qualität und Innovationskraft aus. Sie ist prägend für unsere Stadt und auch das Fundament, um die kommunale Sozialpolitik immer wieder an neue Erfordernisse anzupassen. Menschen leben gerne in dieser Stadt, denn Marburg ist eine soziale, gerechte und lebenswerte Stadt für alle. Dies war und ist möglich, weil Bürger*innen, freie Träger, Politik und Verwaltung zusammenwirken und in Marburg der Konsens besteht, dass das gute Miteinander aller Menschen eine der zentralen Aufgaben der Kommune ist.

Wir erkennen an, dass gute soziale Angebote allen Bewohner*innen von Marburg nützen, denn sie fördern das gute Klima in der Stadt. Eine soziale und gerechte Gesellschaft macht nicht nur die Menschen, die in ihr leben, zufriedener, sie stabilisiert auch unsere Demokratie.

Wir verstehen die soziale Infrastruktur als Teil der Daseinsvorsorge. Bausteine des Zusammenlebens sind keine verzichtbaren „freiwilligen“ Leistungen, sondern genauso unverzichtbare Aufgabe der Stadt wie die technische Infrastruktur. Ein demokratisches Gemeinwesen ist ohne Sozialstaat nicht denkbar. Soziale Angebote sind integraler Bestandteil der Stadtgesellschaft. Nur wenn alle Menschen sich in unserer Stadt gut aufgehoben und fair behandelt wissen, kann Zusammenleben gelingen. Die soziale Infrastruktur in unserer Stadt vermittelt ein Klima, in dem die Verschiedenheit von Menschen und Kulturen mitgedacht und erwünscht ist.

Wir wollen unsere Sozialpolitik nicht nur beibehalten, sondern stetig weiterentwickeln. Dabei stehen wir vor großen Herausforderungen: Die wachsende gesellschaftliche Spaltung, die Folgen des demografischen Wandels, die Anforderungen einer Einwanderungsgesellschaft, noch immer erhebliche Langzeitarbeitslosigkeit und der wachsende Niedriglohnsektor, die Beschleunigung und Verdichtung in der Arbeitswelt und daraus resultierender Überforderung sowie zunehmende Individualisierung, um nur wenige Schlagworte zu nennen.

Mit diesem Leitbild fassen wir die Leitgedanken für das gute Zusammenleben in unserer Stadt zusammen. Es wurde unter großer Beteiligung der Bürger*innen, der Träger sozialer Angebote, der Verwaltung und der Stadtpolitik formuliert und am von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

Das Leitbild ist der Rahmen für die Sozialpolitik der Stadt. Aus dem Leitbild sollen konkrete Ziele und Maßnahmen für die zukünftige Sozialpolitik abgeleitet werden. Sie werden im Rahmen kommunaler Planungsprozesse an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet und gemeinsam mit Betroffenen, Trägern, Verwaltung und Politik entwickelt, systematisiert und regelmäßig angepasst. Dies geschieht auf Augenhöhe aller Beteiligten

Selbstbestimmung und Teilhabe ermöglichen

Ziel der Marburger Sozialpolitik ist es, dass alle Menschen in Marburg ein selbstbestimmtes und selbstverantwortetes Leben führen und am gemeinschaftlichen Leben in der Stadt teilhaben können.

Partizipation gestalten

Teilhabe bedeutet für die Marburger Sozialpolitik die Einbeziehung aller Marburger und Marburgerinnen in gesellschaftliche und politische Prozesse.

Sie stellt die Mitsprache der verschiedenen Gruppierungen bei den sie betreffenden sozialpolitischen Entscheidungen sicher und unterstützt durchsetzungsschwache Personengruppen bei der Formulierung ihrer Anliegen. Sie entwickelt und implementiert dafür Strukturen zur gesellschaftlichen und politischen Teilhabe. Sie achtet darauf, dass Formen genutzt werden, die dem jeweiligen Alter, dem Bildungsgrad und der sozialen Lage entsprechen.

Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen sichern

Unter Teilhabe versteht die Universitätsstadt Marburg auch die Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen. Deshalb sollen alle Menschen in Marburg ungeachtet ihrer Herkunft, finanziellen Lage, persönlichen Einschränkungen oder anderen individuellen Aspekten Zugang erhalten zu

- adäquatem bezahlbarem Wohnraum
- existenzsichernder Arbeit bzw. im Vorfeld zu Eingliederungsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt
- bedarfsgerechter gesundheitlicher Versorgung und gesundheitsfördernden Angeboten
- lebenslangen Bildungsangeboten und
- kulturellen Angeboten.

Diversität berücksichtigen

Die Universitätsstadt Marburg respektiert dabei die Verschiedenheit von Menschen und Kulturen und hält sie für eine Bereicherung des städtischen Lebens. Jede und jeder soll sich in Marburg anerkannt und wertgeschätzt fühlen. Es ist kein Platz für Rassismus, Homophobie und jede Form gruppenbezogener Ablehnung und Gewalt.

In ihren sozialpolitischen Entscheidungen berücksichtigt sie die Diversität von Lebenslagen und Lebensentwürfen und sorgt dafür, dass jede und jeder die Unterstützung findet, die gebraucht wird.

Gemeinschaft bilden

Die sozialpolitischen Maßnahmen der Universitätsstadt Marburg wollen unter Berücksichtigung der individuellen Lebenslagen das soziale Miteinander fördern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Schutz vor Gewalt gewähren

Jedem Menschen in Marburg soll mit Respekt begegnet werden. Dies schließt auch die körperliche und seelische Unversehrtheit ein. Die Marburger Sozialpolitik ist darauf ausgerichtet, Menschen vor Gewalt, Missbrauch und Ausbeutung zu schützen.

Chancengleichheit fördern

Marburger Sozialpolitik richtet sich an alle Bürgerinnen und Bürger. Dennoch sieht sie es insbesondere als ihre Aufgabe, Chancengleichheit zu fördern. Wo die Probleme am größten sind, muss die Förderung am stärksten sein.

Chancengleichheit umfasst die besondere Förderung sozial benachteiligter Gruppen, Geschlechtergerechtigkeit und Inklusion.

Präventiv handeln

Die Sozialpolitik der Universitätsstadt Marburg ist darauf ausgerichtet, präventiv zu handeln. Sie will soziale Notlagen vorbeugend durch Beratung und Unterstützung vermeiden und Menschen stärken, damit sie ihr Leben eigenständig gestalten können. Wo dies nicht gelingt, leistet sie einen Beitrag zur Beseitigung von Notlagen.

Im Sozialraum ansetzen

Einen wichtigen Ansatzpunkt sozialen Handelns sieht die Universitätsstadt Marburg im Sozialraum. Gerade für Menschen mit eingeschränkten Lebensperspektiven stellt er den zentralen Lebensort dar. Dort entsteht Gemeinschaft, dort zeigen sich aber auch Probleme und lassen sich Ressourcen erschließen für eine gemeinsame inklusive Gestaltung.

Barrieren abbauen und vermeiden

Barrierefreies Bauen soll zum städtischen Standard werden und Gebäude nach den baulichen Möglichkeiten umgebaut werden, um Zugänglichkeit für alle zu erreichen.

Der digitale Ausbau soll mit zum Abbau von Barrieren dienen, darf aber Menschen nicht von Zugängen ausschließen.

Bedarfsgerechte soziale Infrastruktur schaffen

Den Menschen in Marburg soll eine bedarfsgerechte soziale Infrastruktur zur Verfügung stehen, die sie bei der Bewältigung ihres Alltags unterstützt. Diese umfasst wohnortnahe wie auch zielgruppenspezifische Beratungs-, Betreuungs- und Unterstützungsangebote in besonderen Lebenslagen, das immer wieder an sich ändernde Bedarfe und Anforderungen angepasst wird.

Sie achtet darauf, dass sich die soziale Infrastruktur am Bedarf der Menschen und den unterschiedlichen Lebenslagen und Lebensentwürfen orientiert, die Persönlichkeitsrechte wahrt, die Pflichtleistungen nicht nur erfüllt, sondern selbstbestimmte Teilhabe und Inklusion ermöglicht und diverse Lebenswelten und das soziale Miteinander fördert.

Transparenz und einfache Informationswege herstellen

Sie stellt sicher, dass alle Marburgerinnen und Marburger sich in einfacher Form über das soziale Angebot in der Stadt informieren können und einfach und schnell die Hilfe erhalten, die sie benötigen.

Selbst- und Nachbarschaftshilfe sowie freiwilliges Engagement unterstützen

Einen entscheidenden Beitrag zu gelingender kommunaler Sozialpolitik sieht die Universitätsstadt Marburg in der Selbst- und Nachbarschaftshilfe.

Sie unterstützt die vielfältigen und kreativen Ansätze der Selbsthilfe und der gegenseitigen Hilfe der Bürgerinnen und Bürger Marburgs untereinander durch die Schaffung guter Rahmenbedingungen, fördert die Netzwerkarbeit und den Dialog der Engagierten mit Verwaltung, Politik und freien Trägern und pflegt eine Kultur der Wertschätzung.

Freie Träger stärken

Einen wichtigen Partner bei der Gestaltung kommunaler Sozialpolitik sieht die Universitätsstadt Marburg in den freien Trägern sozialer Arbeit, deren Kenntnisse und Erfahrungen für die soziale Ausgestaltung der Stadt unverzichtbar sind.

Sie achtet das Subsidiaritätsprinzip bei der Gestaltung von Angeboten und sichert die Arbeit der Organisationen durch adäquate vertragliche Vereinbarungen ab.

Sie informiert frühzeitig über anstehende Vorhaben und holt sich das Fachwissen der in den sozialen Organisationen tätigen Akteure ein.

Mit allen Beteiligten Sozialpolitik gestalten

Aufgrund gesellschaftlicher und gesetzlicher Veränderungen muss sich die Marburger Sozialpolitik stetig weiterentwickeln und an sich ändernde Bedarfe und Anforderungen anpassen.

Sie schafft verbindliche Kommunikationsstrukturen und Verfahren zur Auswertung und Weiterentwicklung der sozialen Arbeit in der Stadt, in denen sich freie Träger, Nachbarschafts- und Selbsthilfeorganisationen, Verwaltung und Politik auf Augenhöhe begegnen.

Sozialpolitik als Querschnittsaufgabe verstehen

Die Universitätsstadt Marburg überprüft ihre Entscheidungen auch in anderen politischen Handlungsfeldern auf ihre sozialpolitischen Auswirkungen. Sie stellt sicher, dass soziale Belange auch dort Berücksichtigung finden.

Ausgehend von einem Workshop zu den „Leitlinien kommunaler Sozialpolitik“ in Marburg am 12. September 2019, an dem Bürger*innen, Vertreter*innen freier Träger, Initiativen sowie Ehrenamts- und Selbsthilfeorganisationen, der Stadtverwaltung und der Kommunalpolitik teilnahmen sowie Überlegungen der Steuerungsgruppe Kooperative Sozialplanung wurde folgendes „Leitbild kommunaler Sozialpolitik“ für die Universitätsstadt Marburg erarbeitet.

Für eine soziale, gerechte und lebenswerte „Stadt für Alle“ Sozialpolitisches Leitbild der Universitätsstadt Marburg

Entwurf: 26. Oktober 2020

Die Universitätsstadt Marburg zeichnet sich durch eine differenzierte, über viele Jahre gewachsene soziale Infrastruktur von hoher Qualität und Innovationskraft aus. Sie ist prägend für unsere Stadt und auch das Fundament, um die kommunale Sozialpolitik immer wieder an neue Erfordernisse anzupassen. Menschen leben gerne in dieser Stadt, denn Marburg ist eine soziale, gerechte und lebenswerte Stadt für alle. Dies war und ist möglich, weil Bürger*innen, freie Träger, Politik und Verwaltung zusammenwirken und in Marburg der Konsens besteht, dass das gute Miteinander aller Menschen eine der zentralen Aufgaben der Kommune ist.

Wir erkennen an, dass gute soziale Angebote allen Bewohner*innen von Marburg nützen, denn sie fördern das gute Klima in der Stadt. Eine soziale und gerechte Gesellschaft macht nicht nur die Menschen, die in ihr leben, zufriedener, sie stabilisiert auch unsere Demokratie.

Wir verstehen die soziale Infrastruktur als Teil der Daseinsvorsorge. Bausteine des Zusammenlebens sind keine verzichtbaren „freiwilligen“ Leistungen, sondern genauso unverzichtbare Aufgabe der Stadt wie die technische Infrastruktur. Ein demokratisches Gemeinwesen ist ohne Sozialstaat nicht denkbar. Soziale Angebote sind integraler Bestandteil der Stadtgesellschaft. Nur wenn alle Menschen sich in unserer Stadt gut aufgehoben und fair behandelt wissen, kann Zusammenleben gelingen. Die soziale Infrastruktur in unserer Stadt vermittelt ein Klima, in dem die Verschiedenheit von Menschen und Kulturen mitgedacht und erwünscht ist.

Wir wollen unsere Sozialpolitik nicht nur beibehalten, sondern stetig weiterentwickeln. Dabei stehen wir vor großen Herausforderungen: Die wachsende gesellschaftliche Spaltung, die Folgen des demografischen Wandels, die Anforderungen einer Einwanderungsgesellschaft, noch immer erhebliche Langzeitarbeitslosigkeit und der wachsende Niedriglohnsektor, die Beschleunigung und Verdichtung in der Arbeitswelt und daraus resultierender Überforderung sowie zunehmende Individualisierung, um nur wenige Schlagworte zu nennen.

Mit diesem Leitbild fassen wir die Leitgedanken für das gute Zusammenleben in unserer Stadt zusammen. Es wurde unter großer Beteiligung der Bürger*innen, der Träger sozialer Angebote, der Verwaltung und der Stadtpolitik formuliert und am von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen.

Das Leitbild ist der Rahmen für die Sozialpolitik der Stadt. Aus dem Leitbild sollen konkrete Ziele und Maßnahmen für die zukünftige Sozialpolitik abgeleitet werden. Sie werden im Rahmen kommunaler Planungsprozesse an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet und gemeinsam mit Betroffenen, Trägern, Verwaltung und Politik entwickelt, systematisiert und regelmäßig angepasst. Dies geschieht auf Augenhöhe aller Beteiligten

Selbstbestimmung und Teilhabe ermöglichen

Ziel der Marburger Sozialpolitik ist es, dass alle Menschen in Marburg ein selbstbestimmtes und selbstverantwortetes Leben führen und am gemeinschaftlichen Leben in der Stadt teilhaben können.

Dies bedeutet z.B.:

- Wir wollen, dass alle Menschen, die in Marburg leben, am gemeinschaftlichen Leben in der Stadt teilhaben können. Das bedeutet gerechte Förderung, Unterstützung und Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen.
- Wir wollen, dass selbstbestimmtes und selbstverantwortliches Leben für ältere Menschen bis zum Lebensende Ziel der Marburger Sozialpolitik ist. (Älterwerden)
- Wir unterstützen das Recht älterer Menschen, so leben zu können, wie sie es sich wünschen. (Älterwerden)
- Wir stellen die Teilhabe älterer Menschen (auch in prekären bzw. benachteiligten Lebenslagen) am gesellschaftlichen Leben sicher und bekämpfen Altersarmut. (Älterwerden)
- Wir wollen, dass Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen selbstbestimmt leben und wohnen können. (Behinderung)
- Wir wollen, dass materielle Armut in Marburg kein Hindernis für die Teilhabe aller Bürger*innen am gesellschaftlichen Leben ein. (Armut)
- Wir setzen die UN-Behindertenrechtskonvention um und handeln nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Teilhabe aller Menschen im Sinne der Inklusion. (Inklusion)

Partizipation gestalten

Teilhabe bedeutet für die Marburger Sozialpolitik die Einbeziehung aller Marburger und Marburgerinnen in gesellschaftliche und politische Prozesse.

Sie stellt die Mitsprache der verschiedenen Gruppierungen bei den sie betreffenden sozialpolitischen Entscheidungen sicher und unterstützt durchsetzungsschwache Personengruppen bei der Formulierung ihrer Anliegen. Sie entwickelt und implementiert dafür Strukturen zur gesellschaftlichen und politischen Teilhabe. Sie achtet darauf, dass Formen genutzt werden, die dem jeweiligen Alter, dem Bildungsgrad und der sozialen Lage entsprechen.

Dies bedeutet z.B.:

- Wir beteiligen Kinder und Jugendliche und schaffen direkte Wege der Mitsprache. Wir setzen verschiedene Formen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen um, um allen Kindern und Jugendlichen Zugänge zur Beteiligung zu ermöglichen. (Kinder, Jugendliche)

- Die Universitätsstadt Marburg fördert die Partizipation nicht erwerbsfähiger Menschen. (Arbeit)
- Wir wollen die Teilhabe armer Menschen an Entscheidungen sicherstellen und ihren Anliegen Gehör verschaffen. (Armut)
- Die Universitätsstadt Marburg fördert die selbstbewusste Teilhabe und Selbstvertretung von Menschen mit Rassismuserfahrungen und Migrationserbe. Eine solche Teilhabe ist nicht abhängig von gesellschaftlich erwünschtem Verhalten oder dem Preis einer fremdbestimmten Integration. (Migration)

Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen sichern

Unter Teilhabe versteht die Universitätsstadt Marburg auch die Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen. Deshalb sollen alle Menschen in Marburg ungeachtet ihrer Herkunft, finanziellen Lage, persönlichen Einschränkungen oder anderen individuellen Aspekten Zugang erhalten zu

- adäquatem bezahlbarem Wohnraum
- existenzsichernder Arbeit bzw. im Vorfeld zu Eingliederungsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt
- bedarfsgerechter gesundheitlicher Versorgung und gesundheitsfördernden Angeboten
- lebenslangen Bildungsangeboten und
- kulturellen Angeboten.

Dies bedeutet z.B.:

- Wir sehen Armut nicht allein als Einkommensarmut, sondern orientieren uns am Begriff der Lebenslage „Armut“, die Teilhabeeinschränkungen in wesentlichen Existenzbereichen umschließt. (Armut)
- Wir wollen, dass eine gute Infrastruktur, Wohnraum, existenzsichernde Arbeit, Gesundheit, Bildung und Kultur auch für Armutsbevölkerung zur Verfügung steht und Wege aus der Armut ermöglicht werden. (Armut)
- Wir fördern formelle und informelle Möglichkeiten der Bildung und des „lebenslangen Lernens“.
- Wir ermöglichen vielfältige und an den unterschiedlichen Lebenslagen und Ressourcen der Familien orientierte Zugänge zur „Bildung für alle“. (Kinder, Jugendliche)
- Wir fördern die Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen und Behinderungen im Bildungsbereich. Das Ziel ist ein inklusives Bildungssystem in Marburg, welches auf die individuellen Bedürfnisse des einzelnen Menschen Rücksicht nimmt und das Recht auf eine gleichberechtigte Teilhabe im Bildungsbereich gewährleistet. (Behinderung)
- Wir wollen eine gleichberechtigte Teilhabe am Arbeitsleben (Beschäftigung) durch angemessene Rahmenbedingungen und Unterstützungsstrukturen sowohl für die Arbeitnehmer- als auch die Arbeitgeberseite. (Behinderung)

- Wir wollen chancengleiche Zugänge zu Erwerbstätigkeit und Bildung für Menschen in allen familiären Lagen fördern und stärken. (Familie)
- Wir wollen, dass Menschen mit besonderen Herausforderungen gleiche Teilhabechancen am Arbeitsleben erhalten, und unsere Verantwortung in der Beschäftigungsförderung und Bildungsplanung wahrnehmen. (Arbeit)
- Wir fördern die bedarfsgerechte Wohnraumversorgung aller Marburger*innen auf der Grundlage des Wohnraumversorgungskonzeptes. (Wohnen)
- Wir unterstützen, dass jeder Mensch in Marburg eine Wohnform finden kann, die seinen Bedarfen und Bedürfnissen entspricht, insbesondere fördern wir eine Vielfalt von Wohnformen und die mindestens barrierearme, möglichst barrierefreie Wohnraum- und Wohnumfeldgestaltung. (Wohnen)
- Wir wollen, dass niemand wohnungslos sein muss. (Wohnen)
- Wir fördern die Entstehung von bezahlbarem Wohnraum auch für Menschen, die derzeit keinen Anspruch (mehr) auf staatliche Unterstützungsleistungen haben. (Wohnen)
- Wir fördern innovative Wohnformen und gemeinschaftliches Wohnen. (Wohnen)
- Wir wollen prekäre Beschäftigung bekämpfen und bekennen uns zur Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen. (Arbeit)

Diversität berücksichtigen

Die Universitätsstadt Marburg respektiert dabei die Verschiedenheit von Menschen und Kulturen und hält sie für eine Bereicherung des städtischen Lebens. Jede und jeder soll sich in Marburg anerkannt und wertgeschätzt fühlen. Es ist kein Platz für Rassismus, Homophobie und jede Form gruppenbezogener Ablehnung und Gewalt.

In ihren sozialpolitischen Entscheidungen berücksichtigt sie die Diversität von Lebenslagen und Lebensentwürfen und sorgt dafür, dass jede und jeder die Unterstützung findet, die gebraucht wird.

Das bedeutet z.B.:

- Wir respektieren Menschen in der Gesamtheit ihrer individuellen Persönlichkeit, der persönlichen Bedürfnisse und der jeweiligen Lebenssituation. (Behinderung)
- Wir berücksichtigen im Sinne einer umfassenden Perspektive das Geschlecht, Alter, Familienstand und weitere persönliche Merkmale und nehmen Menschen in der Gesamtheit ihrer Situation und Bedarfe wahr. (Behinderung)
- Wir achten bei allen Maßnahmen und Entscheidungen auf geschlechtergerechte Ausgestaltung.
- Wir sichern Teilhabe und Partizipation aller Bevölkerungsgruppen an Angeboten und Entscheidungen.

- Kommunale Alterssozialpolitik und Altersplanung haben Prozesse anzustoßen und zu unterstützen, Vielfalt zuzulassen und abzubilden. (Älterwerden)
- Die Universitätsstadt Marburg betrachtet die selbstkritische Auseinandersetzung mit eigenen rassistischen Einschreibungen als Gelingensbedingung einer zukunftsfähigen Sozialpolitik. Als Stadt für Alle macht sie es sich zur Aufgabe, im gesellschaftlichen Diskurs um Rassismus und Migration die Perspektiven Betroffener in den Vordergrund zu stellen. (Migration)

Gemeinschaft bilden

Die sozialpolitischen Maßnahmen der Universitätsstadt Marburg wollen unter Berücksichtigung der individuellen Lebenslagen das soziale Miteinander fördern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Das bedeutet z.B.:

- Wir setzen Inklusion „von Anfang an“ und bei allen kommunalen Maßnahmen, Planungen und Angeboten um. (Kinder, Jugendliche)

Schutz vor Gewalt gewähren

Jedem Menschen in Marburg soll mit Respekt begegnet werden. Dies schließt auch die körperliche und seelische Unversehrtheit ein. Die Marburger Sozialpolitik ist darauf ausgerichtet, Menschen vor Gewalt, Missbrauch und Ausbeutung zu schützen.

Das bedeutet z.B.:

- Wir fördern das gesunde Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Dies gilt sowohl für die physische als auch die psychische Gesundheit. (Kinder, Jugendliche)
- Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung und Beeinträchtigung (insb. auch Frauen) vor Ausbeutung, Gewalt und Missbrauch geschützt werden. (Behinderung)

Chancengleichheit fördern

Marburger Sozialpolitik richtet sich an alle Bürgerinnen und Bürger. Dennoch sieht sie es insbesondere als ihre Aufgabe, Chancengleichheit zu fördern. Wo die Probleme am größten sind, muss die Förderung am stärksten sein.

Chancengleichheit umfasst die besondere Förderung sozial benachteiligter Gruppen, Geschlechtergerechtigkeit und Inklusion.

Das bedeutet z.B.:

- Wir fördern Chancengleichheit in Kindertagesbetreuung, Schule und Bildung. (Kinder, Jugendliche)
- Wir fördern besonders Kinder, die vom Bildungswesen nur schwer erreicht werden, durch innovative und interkulturelle Formen der schulischen und außerschulischen Bildungsangebote (Kinder, Jugendliche)
- Wir wollen aktiv an einer Chancengleichheit in Fragen des gesunden Lebens für Familien in allen Konstellationen und Lagen arbeiten. (Familie)

Präventiv handeln

Die Sozialpolitik der Universitätsstadt Marburg ist darauf ausgerichtet, präventiv zu handeln. Sie will soziale Notlagen vorbeugend durch Beratung und Unterstützung vermeiden und Menschen stärken, damit sie ihr Leben eigenständig gestalten können. Wo dies nicht gelingt, leistet sie einen Beitrag zur Beseitigung von Notlagen.

Das bedeutet z.B.:

- Wir verstehen Prävention als frühzeitige Hilfe und Unterstützung zum Gelingen eines guten Aufwachsens. Wir orientieren uns an dem Leitbild „Prävention vor Intervention“ und denken Prävention als wichtigen Bestandteil bei der inhaltlichen Ausgestaltung von Angeboten und Maßnahmen mit. (Kinder, Jugendliche)
- Wir wollen soziale Notlagen vorbeugend durch Beratung und Unterstützung vermeiden und Menschen stärken, damit sie ihr Leben eigenständig gestalten können.

Im Sozialraum ansetzen

Einen wichtigen Ansatzpunkt sozialen Handelns sieht die Universitätsstadt Marburg im Sozialraum. Gerade für Menschen mit eingeschränkten Lebensperspektiven stellt er den zentralen Lebensort dar. Dort entsteht Gemeinschaft, dort zeigen sich aber auch Probleme und lassen sich Ressourcen erschließen für eine gemeinsame inklusive Gestaltung.

Das bedeutet z.B.:

- Wir wollen, dass von Armut bedrohte Menschen wohnortnah und barrierefrei Ansprechpartner für ihre Belange finden, die ihnen auf Augenhöhe begegnen. (Armut)
- Wir fördern den weiteren Ausbau offener Sozial- und Begegnungsangebote in den Stadtteilen als einen wesentlichen Baustein der seniorengerechten Quartiersentwicklung. (Älterwerden)
- Wir unterstützen dauerhaftes selbständiges Wohnen in der eigenen Häuslichkeit durch ein stärker in die Stadtteile integriertes Wohnungsangebot mit örtlicher Versorgung. (Älterwerden)

- Wir wollen den Sozialraum inklusiv gestalten. Barrierefreiheit bezieht sich hierbei auf bauliche und darüber hinaus den individuellen Bedürfnissen hin angepasste Gegebenheiten. (Behinderung)
- Wir fördern und aktivieren Ressourcen im Sozialraum und in der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen. (Kinder, Jugendliche)

Barrieren abbauen und vermeiden

Barrierefreies Bauen soll zum städtischen Standard werden und Gebäude nach den baulichen Möglichkeiten umgebaut werden, um Zugänglichkeit für alle zu erreichen.

Der digitale Ausbau soll mit zum Abbau von Barrieren dienen, darf aber Menschen nicht von Zugängen ausschließen.

Das bedeutet z.B.:

- Wir setzen Barrierefreiheit um und sichern Mobilität für alle Bevölkerungsgruppen.
- Wir wollen, dass barrierefreies Bauen zum städtischen Standard wird und Gebäude nach den baulichen Möglichkeiten umgebaut werden, um Zugänglichkeit für alle zu erreichen. (Behinderung)
- Wir streben an, dass alle Bürgerinnen und Bürger barrierefrei kommunizieren und sich informieren können. (Behinderung)

Bedarfsgerechte soziale Infrastruktur schaffen

Den Menschen in Marburg soll eine bedarfsgerechte soziale Infrastruktur zur Verfügung stehen, die sie bei der Bewältigung ihres Alltags unterstützt. Diese umfasst wohnortnahe wie auch zielgruppenspezifische Beratungs-, Betreuungs- und Unterstützungsangebote in besonderen Lebenslagen, das immer wieder an sich ändernde Bedarfe und Anforderungen angepasst wird.

Sie achtet darauf, dass sich die soziale Infrastruktur am Bedarf der Menschen und den unterschiedlichen Lebenslagen und Lebensentwürfen orientiert, die Persönlichkeitsrechte wahrt, die Pflichtleistungen nicht nur erfüllt, sondern selbstbestimmte Teilhabe und Inklusion ermöglicht und diverse Lebenswelten und das soziale Miteinander fördert.

Das bedeutet z.B.:

- Wir fördern ein barrierearmes bzw. -freies und niedrighwelliges Beratungs- und Hilfsangebote zur Prävention von und Unterstützung bei Wohnungslosigkeit. Die Angebotslandschaft der Wohnungslosenhilfe wird bedarfsgerecht weiterentwickelt. (Wohnen)
- Wir wollen, dass Familien in Marburg einen barrierefreien und niedrighwelligen Zugang zu relevanten Informationen, zu

Beratungen, Hilfen und Unterstützungsangeboten finden.
(Familie)

- Wir fördern Information, Beratung und Kooperation zu Wohnen, Betreuung, Pflege und Altern sowie Freiwilligem Engagement. (Älterwerden)
- Die soziale Infrastruktur Marburgs spiegelt die Gleichwertigkeit kultureller Erfahrungen wider und vermittelt damit ein Klima, in dem die Verschiedenheit von Menschen und Kulturen mitgedacht und erwünscht ist. (Migration)

Transparenz und einfache Informationswege herstellen

Sie stellt sicher, dass alle Marburgerinnen und Marburger sich in einfacher Form über das soziale Angebot in der Stadt informieren können und einfach und schnell die Hilfe erhalten, die sie benötigen.

Das bedeutet z.B.:

- Wir sorgen für einen guten Informationszugang aller Bevölkerungsgruppen über Angebote, Planungen, Maßnahmen und Entscheidungen der Universitätsstadt Marburg.

Selbst- und Nachbarschaftshilfe sowie freiwilliges Engagement unterstützen

Einen entscheidenden Beitrag zu gelingender kommunaler Sozialpolitik sieht die Universitätsstadt Marburg in der Selbst- und Nachbarschaftshilfe.

Sie unterstützt die vielfältigen und kreativen Ansätze der Selbsthilfe und der gegenseitigen Hilfe der Bürgerinnen und Bürger Marburgs untereinander durch die Schaffung guter Rahmenbedingungen, fördert die Netzwerkarbeit und den Dialog der Engagierten mit Verwaltung, Politik und freien Trägern und pflegt eine Kultur der Wertschätzung.

Das bedeutet z.B.:

- Wir wollen, dass das freiwillige Engagement in der Universitätsstadt Marburg die angemessene Anerkennung und Wertschätzung erhält. (Ehrenamt)
- Wir erkennen an, dass Ehrenamt und professionelle soziale Arbeit im weitesten Sinne sich kooperativ ergänzen und nicht ersetzen können. (Ehrenamt)
- Wir wollen zusammen mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen Marburgs gute Rahmenbedingungen für ein vielfältiges freiwilliges Engagement schaffen. (Ehrenamt)
- Wir unterstützen Kinder, Jugendliche und Familien bei der Selbstorganisation von Angeboten. (Kinder, Jugend, Familie)
- Wir unterstützen die vielfältigen und kreativen Ansätze der Selbsthilfe und der gegenseitigen Hilfe sowie die Entwicklung generationsübergreifender Angebote. (Älterwerden)

Freie Träger stärken

Einen wichtigen Partner bei der Gestaltung kommunaler Sozialpolitik sieht die Universitätsstadt Marburg in den freien Trägern sozialer Arbeit, deren Kenntnisse und Erfahrungen für die soziale Ausgestaltung der Stadt unverzichtbar sind.

Sie achtet das Subsidiaritätsprinzip bei der Gestaltung von Angeboten und sichert die Arbeit der Organisationen durch adäquate vertragliche Vereinbarungen ab.

Sie informiert frühzeitig über anstehende Vorhaben und holt sich das Fachwissen der in den sozialen Organisationen tätigen Akteure ein.

Mit allen Beteiligten Sozialpolitik gestalten

Aufgrund gesellschaftlicher und gesetzlicher Veränderungen muss sich die Marburger Sozialpolitik stetig weiterentwickeln und an sich ändernde Bedarfe und Anforderungen anpassen.

Sie schafft verbindliche Kommunikationsstrukturen und Verfahren zur Auswertung und Weiterentwicklung der sozialen Arbeit in der Stadt, in denen sich freie Träger, Nachbarschafts- und Selbsthilfeorganisationen, Verwaltung und Politik auf Augenhöhe begegnen.

Das bedeutet z.B.:

- Wir wollen, dass Schwerpunkte kommunaler Sozialpolitik transparent und nachvollziehbar begründet sind und eine kontinuierliche Optimierung des Ressourceneinsatzes erfolgt, um mit den eingesetzten Mitteln bestmögliche Wirkungen zu erreichen. Dazu wollen wir die Zusammenarbeit mit freien Trägern sozialer Arbeit noch enger gestalten und dadurch Verlässlichkeit für alle Seiten schaffen.
- Wir denken vom Menschen, nicht von den Institutionen her. Für die sozialen Leistungen gilt: „jede und jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder und jedem nach seinen Bedürfnissen“. Deshalb wollen wir gleichermaßen Fachexpert*innen sowie Expert*innen in eigener Sache an der Gestaltung kommunaler Sozialpolitik beteiligen.

Sozialpolitik als Querschnittsaufgabe verstehen

Die Universitätsstadt Marburg überprüft ihre Entscheidungen auch in anderen politischen Handlungsfeldern auf ihre sozialpolitischen Auswirkungen. Sie stellt sicher, dass soziale Belange auch dort Berücksichtigung finden.

Das bedeutet z.B.:

- Wir betrachten Gut Älterwerden als Querschnittsziel und -aufgabe kommunaler Entwicklungsplanung. (Älterwerden)
- Wir übernehmen moderierend, steuernd und planend die Gesamtverantwortung für Gutes Älterwerden in Marburg im Sinne öffentlicher Daseinsvorsorge bei der Kommune. (Älterwerden)
- Wir werden das Kriterium „Familienfreundlichkeit“ bei allen politischen Entscheidungen in Marburg berücksichtigen. (Familie)